

Die Sicherheit des Arbeitsplatzes

Ein oft falsch verstandener Begriff / Von Axel Schnorbus

„Ihr laßt die Bänder schneller laufen.“ Diese Behauptung radikaler Betriebsgruppen innerhalb eines großen Automobilkonzerns ist natürlich unsinnig, weil die Geschwindigkeit eines Fließbandes von der Mitarbeiterzahl abhängt und weil das tariflich festgelegte Verhältnis zwischen Taktzahl und Mitarbeiterzahl von den Betriebsräten peinlich genau überwacht wird.

Aber die Unternehmen selbst waren im ersten Augenblick konsterniert. Denn obwohl sie durch Kurzarbeit, zahlreiche Umbesetzungen und durch Nichtersetzten ausscheidender Mitarbeiter die Bandgeschwindigkeit und damit die Kapazität herabdrücken wollten, standen plötzlich mehr Leute am Band, so daß doch wohl oder übel wieder die volle Kapazität gefahren werden mußte. Nicht ein erhöhter Leistungsdruck, wie die „roten“ Autowerker behaupteten, sondern der rapide gesunkene Krankenstand war dafür verantwortlich, daß unerwartet mehr Wagen produziert wurden.

In der letzten Zeit ist in der deutschen Wirtschaft die Intensität der Arbeit wieder deutlich gestiegen. Anscheinend braucht die Mehrzahl der Menschen einen Anstoß von außen, um nach einer Reihe von Boomjahren wieder zum Normalen zurückzufinden. So zog Ende der fünfziger Jahre mit der Absatzkrise und den Kohlenhalden die Förderleistung im Bergbau plötzlich rapide an. Ebenso ging die Fluktuation während der konjunkturellen Schwächeperiode 1966/67 stark zurück, während auf der anderen Seite die Qualität und die Produktivität der Arbeit deutlich zunahm. Mit dem Arbeitsplatz verhält es sich offenbar wie mit der Freiheit, dem Wasser, der Luft: Man schätzt das bisher so als selbstverständlich Hingenommene erst dann wieder richtig, wenn es gefährdet erscheint. So steht denn auch heute bei Umfragen die Sicherheit des Arbeitsplatzes wieder mit an erster Stelle, während sie bei früheren Gelegenheiten einen durchaus zweitrangigen Stellenwert besaß. Das Pendel ist wieder einmal nach der anderen Seite ausgeschlagen — von einem Extrem ins andere.

Sichtbarstes Symptom dieser veränderten Lage auf dem Arbeitsmarkt ist der Krankenstand. Erstmals seit Jahren lag er bei den Pflichtversicherten der gesetzlichen Krankenversicherung im ersten Halbjahr mit durchschnittlich 5 Prozent wieder spürbar unter den Vergleichszahlen des Vorjahres. Noch im Oktober 1973 registrierten die Betriebskrankenkassen einen Krankenstand von 8 Prozent. Diese Entwicklung sollte jedoch nicht überbewertet werden, denn im Herbst und Winter liegen die Krankenzahlen immer höher. Zweifellos hat das leichtfertige „Krankfeiern“ nachgelassen, ebenso ist aber auch zu bedenken, daß so mancher jetzt aus Sorge um den Arbeitsplatz doch zur Arbeit erscheint, obwohl er nach ärztlicher Meinung ins Bett gehörte.

Wieder ist auch die Fluktuation verschwindend gering geworden. So melden sich nach einhelliger Aussage der Arbeitsämter kaum noch Stellungsuchende, die sich in ungekündigter Stellung befinden. Die Unternehmen dürften diese Betriebstreue ihrer Mitarbeiter begrüßen, obwohl es häufig wahrscheinlich mehr eine Treue aus zwingender Notwendigkeit ist, aus der Sorge heraus, keinen anderen vergleichbaren Arbeitsplatz zu finden. Erstaunlicherweise sind aber auch die Arbeitslosen kaum mobiler, mit Ausnahme allerdings der Gastarbeiter, die sich „marktkonform“ verhalten und ihren Wohnort sofort aufgeben, wenn anderswo eine freie Stelle angeboten wird. Die mangelnde Mobilität der einheimischen Arbeitslosen hängt natürlich vor allem damit zusammen, daß

die deutschen Arbeitnehmer im Gegensatz zu den Gastarbeitern viel stärker in gesellschaftliche Bindungen, verflochten sind: Am Ort ihrer ehemaligen Tätigkeit leben Verwandte und Bekannte, hier gehen die Kinder zur Schule, häufig ist sogar ein Haus vorhanden — all das sind Bindungen, die man nur ungern aufgibt.

Weit weniger verständlich sind jedoch andere Formen der Immobilität. Umsetzungsmaßnahmen innerhalb des Betriebes lösen beispielsweise große Unruhe aus und führen häufig zu lauten Protesten. Selbst wenn ein Arbeitsplatzwechsel innerhalb ein und desselben Betriebes unumgänglich werden sollte, sträuben sich viele Mitarbeiter noch dagegen, den gewohnten Mikrokosmos ihrer unmittelbaren Arbeitswelt aufzugeben. Das gilt im verstärkten Maße dann, wenn nicht nur der Arbeitsplatz sich ändert, sondern auch die ausübende Tätigkeit oder gar ein Berufswechsel nötig wird.

Diese berufliche Immobilität ist zumindest zu einem Teil auf mangelnde Aufklärung zurückzuführen. Vielfach werden die Arbeitnehmer nicht eingehend genug auf die Wichtigkeit der Weiterbildung hingewiesen, besonders darauf, wie notwendig Flexibilität und Mobilität sind, um mit der rasanten technischen und wirtschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten. Hinzu kommen unüberlegte Versprechungen aus dem Munde von Gewerkschaftlern und Politikern. Indem ständig von der Erhaltung der Vollbeschäftigung die Rede ist, wurde der Arbeitnehmer regelrecht in ein falsches Sicherheitsgefühl eingelullt und damit seine Bereitschaft geschwächt, die gegenwärtig gewiß nicht einfache Lage überhaupt zu überdenken und zu fragen, was jeder selbst von sich aus tun könnte, um gegen eine mögliche Entlassung gewappnet zu sein. Daß mit dem politischen Schlagwort von der „Sicherheit des Arbeitsplatzes“ nur die Gesamtheit aller verfügbaren Stellen gemeint sein kann, niemals jedoch der einzelne spezielle Arbeitsplatz, ist dabei häufig nicht deutlich genug betont worden.

Schließlich sollte das Beharrungsvermögen der Menschen nicht unterschätzt werden. Die Angst vor Veränderungen ist nämlich weitaus größer, als man gemeinhin annimmt, und kann sogar zu einer Art Trotzreaktion führen, die von den Psychologen als „Totstell-Reflex“ bezeichnet wird: Man sieht die unausweichliche Veränderung, etwa den Arbeitsplatzwechsel, auf sich zukommen und weicht doch nicht von der Stelle, sondern verschließt die Augen vor der Wirklichkeit.

Von der Bereitschaft der Menschen, auch einschneidende Veränderungen ihres Arbeits- und Lebensrhythmus in Kauf zu nehmen, hängt aber das Gedeihen einer Wirtschaft weitgehend ab. Hätten beispielsweise im Laufe der letzten zwölf Monate nicht schon Zehntausende von Bauarbeitern ihren angestammten Beruf aufgegeben und in anderen Wirtschaftszweigen neue Arbeit gefunden, dann wäre die Krise der Bauwirtschaft psychologisch noch stärker hervorgetreten. Auch die Schwächen in anderen Wirtschaftsbereichen, etwa im Bergbau oder in der Landwirtschaft, sind nur dadurch behoben worden, daß zahllose Arbeitnehmer ihren eigentlichen Beruf an den Nagel gehängt haben und in einer anderen Branche ihr Glück versuchten. Ohne eine ausreichende Arbeitsmobilität werden Strukturschwächen konserviert. Nur wenn die Produktivfaktoren an Kapital und Arbeit aus den Bereichen, in denen sie nicht mehr benötigt werden, in zukunftsträchtigere Branchen abfließen, wo sie produktiver eingesetzt werden können, dann werden wieder neue, sichere Arbeitsplätze geschaffen.

sem Schritt gefolgt. Ab 15. September wird die Dresdner Bank ihre Zinssätze für diese Kredite um 0,5 Punkte auf 14 Prozent ermäßigen. Im Hypothekenbereich kehrt die Bank wieder zum neunprozentigen Nominalzins bei einem Auszahlungskurs von 90 Prozent zurück. Wie von der Commerzbank AG in Frankfurt zu erfahren ist, erwäge auch sie eine Senkung der Zinsen der privaten Dispositionskredite. Bis jetzt beträgt der Zins 14,5 Prozent. Dieser Schritt der Großbanken hat insofern etwas überrascht, als sich die allgemeine Zinslage am Geldmarkt in den letzten Tagen und Wochen kaum verändert hat. Die Zinssätze für Tagesgeld liegen weiterhin zwischen 9 und 10 Prozent. Offenbar ist es jedoch den großen Banken möglich gewesen, ihre Liquiditätslage durch Zuflüsse der privaten Kundschaft in letzter Zeit zu verbessern und so auf der anderen Seite ihre Kreditspielräume zu erhöhen.

Arbeitgeber bleiben dabei: Notfalls nach Karlsruhe

BONN, 10. September (dpa). Die Arbeitgeber sind nach wie vor entschlossen, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, wenn der Entwurf der Bundesregierung zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den großen Betrieben der Wirtschaft unverändert Gesetz wird. Der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Ernst-Gerhard Erdmann, hat jetzt vor Journalisten in Bonn erklärt, die Arbeitgeber seien zwar offen für Erörterungen über eine Reihe von Fragen, doch müßten ihre grundsätzlichen Bedenken ausgeräumt werden, um sie vom Gang nach Karlsruhe abzuhalten.

Die grundsätzlichen Einwände bestehen nach Erdmann vor allen Dingen darin, daß bei der vorgesehenen Parität von Vertretern der Arbeitnehmer und der Anteilseigner in den Aufsichtsräten Patt-Situationen entstehen könnten, die nicht auflösbar seien und die die Entscheidungsfähigkeit der Unternehmen lähmten. Ferner werde die Tarifautonomie gefährdet, denn die Arbeitgeber könnten nicht mehr unabhängig von den Arbeitnehmern über ihre Tarifpolitik entscheiden. Nach Untersuchungen gebe es Branchen, in denen das Gewicht der Unternehmen, die der neuen Mitbestimmung unterliegen, mehr als die Hälfte des gesamten Umfangs dieser Branche ausmache. Auch das Wahlverfahren sei undemokratisch. Die Arbeitgeber hielten es außerdem für falsch, sagte Erdmann, die Diskussion über die Parität auf den Aufsichtsrat zu beschränken. Parität im Aufsichtsrat und Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz träfen zusammen. Sie machten so die Arbeitnehmerseite übermächtig. Die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes werde gefährdet.

Vom Messeordnung

Das Bewachungsgewerbe will

JJ. ESSEN, 10. September. Die privaten Wach- und Sicherheitsunternehmen in der Bundesrepublik wollen Aufgaben übernehmen, die bisher noch von der Polizei wahrgenommen werden. Darauf hat jetzt der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen, Otto Mertens, auf der ersten internationalen Sicherheitsausstellung „Safety '74“ in Essen hingewiesen. Die Ausstellung, die künftig abwechselnd mit der holländischen „Safety Fair“ in Utrecht stattfinden wird, bietet einen Überblick über die neuesten technischen Entwicklungen bei Sicherheitsanlagen.

Mit der Polizei, bestätigte Mertens, würden zur Zeit Überlagerungen angestellt, ob nicht vermehrt private Notrufzentralen neben die von der Kapazität her ausgeschöpften polizeilichen Notrufzentralen treten sollten. Gleichzeitig bemühe sich der Verband, bei den Sachversicherern eine Anerkennung dieser privaten Notrufzentralen zu erreichen. Nach Mertens Meinung könnte auch die Bewachung von Sicherheitstransporten oder der Schutz von prominenten Personen (nicht Politiker) vermehrt privaten Unternehmen übertragen werden.

Das Sicherheitsgewerbe hat heute

lung durch wurd hielt voran lung aufz

Li sche den konj der best Wie Fahr des Krai scha tion: stell habe dern der 1974 zent gang erste fer u trag Be dom hin hat Stüc inlä Auf:

ds Kaf. Afri die len ren. diese Lond von 450 wird gege kart zuge viele alte sein schl Höch bele sich kom sie Exp Jetz beil

kau Nac die men wirt ist 3 sens Leb 18 hatt cher die eing zess dies sion ämt chu imm neh H rund etw alle mer von führ ums DM. des lion hatt

TÜR